

„Demokraten“ führen ein Gesetz ein, das bei der Verwendung benzinbetriebener Rasenmäher eine Gefängnisstrafe vorsieht

geschrieben von Andreas Demmig | 28. Dezember 2023

ROBERT SCHMAD Mitwirkender, Dezember 2023

Zwei demokratische Vertreter des US-Bundesstaates Washington haben am 5. Dezember einen Gesetzentwurf eingereicht, der den Betrieb eines benzinbetriebenen Rasenmähers oder Laubblägers zu einem groben Vergehen machen würde, das mit einer Gefängnisstrafe, einer Geldstrafe oder beidem geahndet werden kann.

Das *Net Zero*-Desaster in UK und der Betrug mit Windenergie

geschrieben von Chris Frey | 28. Dezember 2023

[Rupert Darwall](#)

„Hier geht es nicht um komplizierte Fragen der Kryptowährung“, [erklärte](#) der stellvertretende US-Staatsanwalt Nicolas Roos im Prozess gegen Sam Bankman-Fried, nachdem er den Angeklagten beschuldigt hatte, FTX auf einer „Pyramide des Betrugs“ aufzubauen. Ähnliches lässt sich über die Grundlagen des britischen Netto-Null-Experiments sagen. Energie ist kompliziert, und Elektrizität ist für die moderne Gesellschaft und unsere Lebensqualität unverzichtbar, aber wie bei FTX ist die zugrundeliegende Geschichte einfach: Windenergie und Net Zero sind auf einer Pyramide der Täuschung aufgebaut.

Net Zero wurde dem Parlament und der britischen Bevölkerung mit der Behauptung verkauft, die Kosten für Windenergie seien niedrig und würden sinken. Das war falsch: Die Kosten der Windenergie sind hoch und steigen weiter. In der Netto-Null-Version von „Krypto wird dich reich machen“ stützen sich die offiziellen Analysen des Finanzministeriums und des Office for Budget Responsibility auf die Unwahrheit, dass Windenergie billig ist, dass Netto-Null minimale Kosten verursachen würde und dass sie die Produktivität und das Wirtschaftswachstum steigern könnte. Nichts davon hat irgendeine Grundlage in der Realität.

Der Vorstoß in Richtung Netto-Null-Emissionen begann 2019, als der britische Ausschuss für Klimawandel einen Bericht vorlegte, in welchem die Regierung aufgefordert wurde, diese Politik einzuführen. Begründet wurde dies unter anderem mit der historischen Klimaschuld. In den **Worten** des Ausschussvorsitzenden Lord Deben war Großbritannien „einer der größten historischen Verursacher des Klimawandels“. Die wichtigste wirtschaftliche Rechtfertigung für die Erhöhung des britischen Dekarbonisierungsgrades von 80 % auf 100 % bis 2050 – d. h. Netto-Null – war jedoch die „schnelle Kostensenkung bei der Masseneinführung von Schlüsseltechnologien“, insbesondere bei der Offshore-Windkraft. Diese illusorischen Kostensenkungen, so behauptete der Ausschuss, „haben strengere Emissionsreduktionsziele zu den gleichen Kosten wie frühere niedrigere Ziele realisierbar gemacht“. Das war grünes Schlangenöl.

Während der anschließenden 88-minütigen **Debatte** im Unterhaus zur Verabschiedung des Netto-Null-Ziels behauptete der Minister für saubere Energie Chris Skidmore, dass die Kosten des Netto-Null-Ziels dieselben seien wie die des vorherigen 80-Prozent-Ziels, welches das Parlament im Jahr 2008 verabschiedet hatte. Als ein Abgeordneter der Labour-Partei das Fehlen einer Folgenabschätzung beanstandete, täuschte Skidmore das Parlament, indem er sagte, es habe keine Folgenabschätzung für die Anhebung des ursprünglichen 60-Prozent-Ziels auf 80 Prozent gegeben.

Die **Folgenabschätzung**, die es laut Skidmore nicht gibt, gab eine Spanne von 324 bis 404 Milliarden Pfund an, wenn das Ziel auf 80 Prozent angehoben wird – eine Schätzung, die die Übergangskosten ausschließt – und warnte davor, dass die Kosten diese Spanne übersteigen könnten. Im Gegensatz zu den heutigen politischen Verlautbarungen wurde in der Bewertung ehrlich über die Folgen des britischen Handelns gesprochen, wenn der Rest der Welt nicht handelt. „Die wirtschaftlichen Argumente für einen Alleingang Großbritanniens in Fällen, in denen globale Maßnahmen nicht erreicht werden können, wären schwach“, warnte der Bericht.

Das Klimaschutzgesetz wurde verabschiedet, um die Führungsrolle Großbritanniens im Klimaschutz zu demonstrieren und den Rest der Welt zu inspirieren, dem Beispiel Großbritanniens zu folgen. Wie hat sich das bewährt? In den 11 Jahren zwischen der Verabschiedung des Gesetzes und der Einführung von Netto-Null-Emissionen im Jahr 2019 sind die **Emissionen** fossiler Brennstoffe in Großbritannien um 180 Millionen Tonnen gesunken – eine Reduzierung um 33 %. Im gleichen Zeitraum stiegen die Emissionen der übrigen Welt um 5177 Millionen Tonnen, was einem Anstieg von 16 % entspricht. Anders ausgedrückt: 11 Jahre britischer Emissionsreduzierung wurden in rund 140 Tagen durch den Anstieg der Emissionen aus dem Rest der Welt zunichte gemacht.

Jemand, der behauptet, ein Anführer zu sein, aber keine Anhänger hat, wird normalerweise als Narr betrachtet. Beim Klima ist das anders. Politiker prahlen mit ihren grünen Tugenden – Skidmore wird das Unterhaus verlassen und Netto-Null-Studien an der Kennedy School in

Harvard [lehren](#) – während die Wähler mit höheren Energierechnungen abgespeist werden. Eine Analyse der behördlichen [Unterlagen](#) der sechs größten britischen Energieunternehmen zeigt, dass die Brennstoffkosten für Gas- und Kohlekraftwerke zwischen 2009 und 2020 gleich geblieben sind. Dennoch stieg der von den Haushalten zu zahlende Durchschnittspreis pro Kilowattstunde (kWh) Strom um 67 %, angetrieben durch hohe Umweltabgaben zur Subventionierung von Investoren in erneuerbare Energien. Angeblich sind die Kosten für erneuerbare Energien jedoch stark gesunken.

In der Fragestunde des Premierministers Anfang des Jahres [behauptete](#) Rishi Sunak, die Kosten für Offshore-Wind seien von 140 Pfund pro Megawattstunde (MWh) auf 40 Pfund pro MWh gesunken – Zahlen, die von der Windlobby und dem Ausschuss für Klimawandel eifrig propagiert werden. Seine Behauptung ist schlichtweg falsch. Der Premierminister hat sich von den sinkenden MWh-Preisen täuschen lassen, die von den Windinvestoren in den aufeinanderfolgenden Zuteilungsrunden für die Offshore-Windförderung geboten wurden.

Die Erklärung dafür liegt nicht in sinkenden Kosten, sondern in einem fehlerhaften Ausschreibungsverfahren, das opportunistische Gebote von Windinvestoren belohnt. Die Regierung hat wertvolle Optionen verschenkt, welche die Regierung verpflichten, die für die erfolgreichen Gebote gezahlten Preise einzuhalten, die Investoren aber zu nichts verpflichten. Da die Investoren für diese Optionen nichts bezahlen, können sie sie nur erhalten, indem sie den Preis senken, den sie für ihren Strom anbieten, aber nicht akzeptieren müssen – es sei denn, sie entscheiden sich, ihre Optionen viel später im Prozess auszuüben.

Sinkende Preise in aufeinanderfolgenden Zuteilungsrunden sind also ein Artefakt des Moral Hazard, der in den Zuteilungsmechanismus eingebaut ist; sie sagen nichts über die Entwicklung der Kosten der Offshore-Windenergie aus. Die Analyse der geprüften Finanzdaten von Windparkunternehmen, die von einer Handvoll unabhängiger Forscher durchgeführt wurde, entkräftet die Behauptung sinkender Windkosten umfassend. Die unvermeidliche Verlagerung in tiefere Gewässer hat jegliche Kostensenkungen und Betriebskosten pro MWh Strom für neue Offshore-Windprojekte zunichte gemacht; die Preise für die Verlagerung sind etwa doppelt so hoch wie in den Subventionsangeboten angenommen.

Einer der führenden Forscher ist [Gordon Hughes](#), ehemaliger Wirtschaftsprofessor an der Universität Edinburgh und Berater der Weltbank in Sachen Kraftwerksökonomie. Hughes' [Analyse](#) zeigt, dass im zwölften Betriebsjahr die steigenden Betriebskosten pro MWh für Tiefsee-Windturbinen die staatlich garantierten Preise übersteigen und damit die Kapazität zur Rückzahlung der Kapital- und Finanzierungskosten untergraben.

Die Schwankungen der Wind- und Solarenergie haben die Regierung dazu veranlasst, einen Kapazitätsmarkt zu schaffen, um für die Standby-

Erzeugung zu bezahlen. Bei einer wirtschaftlichen Bewertung der erneuerbaren Energien sollten die Kosten für den Betrieb des Kapazitätsmarktes den Wind- und Solarkraftwerken zugerechnet werden, da deren Schwankungen und Unregelmäßigkeiten diesen Markt erforderlich machen. Strom, der über den Kapazitätsmarkt bezogen wird, ist nicht billig. Im Jahr 2020 erzielten die Wärmekraftwerke des deutschen Unternehmens [Uniper](#) einen Durchschnittspreis von 224 Pfund pro MWh, etwa das Vierfache des üblichen Großhandelspreises.

Die Bestätigung, dass die Offshore-Windenergie mit enormen, wahrscheinlich unüberwindbaren Kosten- und Betriebsschwierigkeiten zu kämpfen hat, kam im Juni, als Siemens Energy eine schockierende [Gewinnwarnung](#) herausgab und seine Aktien um 37 Prozent einbrachen, zum Teil wegen höher als erwarteter Turbinen-Ausfallraten. Hughes [zufolge](#) bedeutet dies, dass die Betriebskosten für Windkraftanlagen in Zukunft höher und die Leistung deutlich geringer sein werden, was die wirtschaftliche Lebensdauer der Turbinen verkürzt. Seine Schlussfolgerung ist niederschmetternd:

Die gesamte Rechtfertigung für die sinkenden Kosten der Winderzeugung beruhte auf der Annahme, dass viel größere Windturbinen mehr Leistung bei geringeren Investitionskosten pro Megawatt erzeugen würden, ohne die hohen Kosten des Generationswechsels. Jetzt hat sich bestätigt, dass dieser Optimismus völlig ungerechtfertigt ist. Daraus folgt, dass die derzeitige Energiepolitik in UK, in Europa und in den Vereinigten Staaten auf Sand gebaut ist – ein naiver Optimismus, der durch enthusiastische Lobbyarbeit verstärkt wird, die nichts mit der technischen Realität zu tun hat.

Die britische Regierung hat sich dazu hinreißen lassen, massiv auf Offshore-Wind zu setzen, und zwingt die Stromverbraucher dazu, Milliarden von Pfund für eine Sackgassen-Technologie auszugeben.

Die Täuschung über die sinkenden Kosten der Windenergie vergiftet die offiziellen Einschätzungen der makroökonomischen Folgen von Net Zero. Das Office for Budget Responsibility [behauptet](#), die Kosten für kohlenstoffarme Stromerzeugung seien so schnell gesunken, dass sie jetzt billiger seien als die Stromerzeugung aus fossilen Brennstoffen. In ähnlicher Weise ging das Finanzministerium [fälschlicherweise](#) davon aus, dass die sinkenden Preise in den Zuteilungsrunden für Windkraftanlagen auf sinkende Windkosten hindeuten. Beide sehen in der Wirtschaft ein vielschichtiges Marktversagen, erkennen aber nicht die reale Gefahr, dass die Politik der Regierung von Interessengruppen vereinnahmt wird, wie es in der Tat der Fall war. In der logischen Konsequenz ist dies ein Argument für die Umstellung auf zentrale Planung sowie auf eine Kommando- und Kontrollwirtschaft.

Das Finanzministerium argumentiert, dass die zusätzlichen, durch erneuerbare Energien erforderlichen Investitionen „bei sonst gleichen Bedingungen“ zu einem zusätzlichen BIP-Wachstum führen werden. Andere

Dinge sind natürlich nicht gleich. Wie die jüngste Geschichte zeigt, gibt es einen großen Unterschied zwischen Investoren und Politikern, die Entscheidungen über die Kapitalallokation treffen. Die zentral geplanten Volkswirtschaften des ehemaligen kommunistischen Blocks haben riesige Mengen an Kapital vergeudet und ihre Bevölkerungen verelenden lassen. Nur wenige glauben heute, dass Investitionen in diesen Volkswirtschaften das Wachstum angekurbelt haben.

Wir müssen keine Hypothesen aufstellen. Die [Daten](#) der Regierung widerlegen die Behauptung des Finanzministeriums und zeigen, dass der zunehmende Ausbau der erneuerbaren Energien die Produktivität des britischen Stromnetzes verringert. Im Jahr 2009 erzeugten 87,3 Gigawatt (GW) Stromerzeugungskapazität, die nur 5,1 Prozent Wind- und Sonnenenergie umfasste, 376,8 Terrawattstunden (TWh) Strom. Im Jahr 2020 werden 100,9 GW Erzeugungskapazität mit einem Anteil von 37,6 Prozent Wind- und Sonnenenergie 312,3 TWh Strom erzeugen. Dank der erneuerbaren Energien wurden mit 13,6 GW (15,6 Prozent) mehr Erzeugungskapazität 64,5 TWh (17,1 Prozent) weniger Strom produziert.

Diese Zahlen sind ein Armutszeugnis für die erneuerbaren Energien und zeigen, warum sie den Strom teurer und die Menschen ärmer machen. Vor dem massiven Ausbau der erneuerbaren Energien erzeugte 1 MW Leistung im Jahr 2009 4.312 MWh Strom. Im Jahr 2020 erzeugte 1 MW Leistung 3.094 MWh, was einem Rückgang von 28,3 Prozent entspricht. Es ist ganz klar: Investitionen in erneuerbare Energien lassen das Produktionspotenzial der Wirtschaft schrumpfen. Dies wird durch die Netto-Null-Modellierung der Internationalen Energieagentur bestätigt. Ihr [Netto-Null-Pfad](#) sieht vor, dass der globale Energiesektor im Jahr 2030 fast 25 Millionen Menschen mehr beschäftigt, 16,5 Billionen Dollar mehr Kapital verbraucht und eine zusätzliche Landfläche von der Größe Kaliforniens und Texas für Wind- und Solarparks und von der Größe Mexikos und Frankreichs für Bioenergie beansprucht – und das alles, um 7 Prozent weniger Energie zu produzieren.

Großbritanniens energiepolitisches Desaster ist eine Lehre für Amerika. Die physikalischen und wirtschaftlichen Aspekte der Windenergie werden nicht auf magische Weise verändert, wenn sie den Atlantik überqueren. Wann immer ein Politiker oder ein Windlobbyist die Windenergie als kostengünstig anpreist oder sagt, dass Netto-Nullenergie das Wachstum ankurbeln wird, werden sie zu Komplizen des Windkraftbetrugs. Die Daten führen unweigerlich zu einer entscheidenden Schlussfolgerung: Netto-Null ist wachstumsfeindlich. Es ist eine Formel für anhaltende wirtschaftliche Stagnation. Jeder, der die Wahrheit über erneuerbare Energien wissen will, sollte sich Großbritannien und den traurigen Zustand seiner Wirtschaft ansehen. In den letzten anderthalb Jahrzehnten hat das Land die schlechteste Wachstumsphase seit [1780](#) erlebt.

Anders als in der Wirtschaft und im Finanzwesen gibt es keine straf- oder zivilrechtlichen Sanktionen für diejenigen, die eine Politik fördern, die auf Betrug und Falschdarstellung beruht. Vielmehr ähnelt

die Netto-Nullrunde dem Kommunismus. Auch der Kommunismus basierte auf einer Lüge: dass er den Kapitalismus überflügeln würde. Aber er war nicht erfolgreich, und der Glaube an den Kommunismus schwand. Als der Zusammenbruch kam, war er plötzlich und schnell. Die Wahrheit konnte nicht verborgen werden. Ein ähnliches Schicksal erwartet Net Zero.

Rupert Darwall is a senior fellow of the RealClear Foundation and author of [The Folly of Climate Leadership: Net Zero and Britain's Disastrous Energy Policies](#).

This article was originally published by RealClearEnergy and made available via RealClearWire.

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2023/12/24/britains-net-zero-disaster-and-the-wind-power-scam/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Achtung, *Junk Science*: Met Office will tatsächliche Temperaturdaten durch Modell-simulierte Temperaturdaten ersetzen

geschrieben von Chris Frey | 28. Dezember 2023

[Chris Morrison](#), [Daily Sceptic](#)

Die alternative Klimawirklichkeit, die das britische Met Office anstrebt, ist mit der Nachricht einen Schritt näher gerückt, dass eine Gruppe von Spitzenwissenschaftlern eine radikal neue Methode zur Berechnung des Klimawandels vorgeschlagen hat. Die wissenschaftliche Methode der Berechnung von Temperaturtrends über einen Zeitraum von mindestens 30 Jahren soll aufgegeben und durch 10 Jahre aktueller Daten ersetzt werden, die mit Modellprojektionen für das nächste Jahrzehnt kombiniert werden. Das Met Office hofft zweifellos, dass es in Kürze auf das Überschreiten der 1,5°C-Leitplanke verweisen kann. Es handelt sich dabei um wissenschaftliche Schrott-Wissenschaft auf Stelzen, zweifellos von dem Wunsch angetrieben, die kollektivistische Net-Zero-Agenda voranzutreiben.

In einer [Studie](#) unter der Leitung von Professor Richard Betts, dem

Leiter der Abteilung für Klimaauswirkungen beim Met Office, wird darauf hingewiesen, dass das Ziel einer Erwärmung um 1,5 °C gegenüber dem vorindustriellen Niveau im Pariser Klimaabkommen von 2016 festgeschrieben ist und eine Überschreitung dieses Ziels „die Frage aufwerfen wird, was getan werden muss, um das Ziel des Abkommens zu erreichen“. Nach den derzeitigen wissenschaftlichen Erkenntnissen zählt die Überschreitung von 1,5 °C während anomaler Wärmeperioden von ein oder zwei Monaten nicht, wie sie 2016, 2017, 2019, 2020 und 2023 aufgetreten waren. Selbst eine Überschreitung von 1,5 °C für ein Jahr in den nächsten fünf Jahren würde nicht zählen. Ein neuer Trendindikator ist offensichtlich erforderlich. Das Met Office schlägt vor, die Vorhersagen eines Klimamodells, das für die nächsten 80 Jahre einen Temperaturanstieg bis zu 3,2 °C simuliert, um die Daten der letzten 10 Jahre zu ergänzen. Durch die Angabe einer 20-Jahres-Durchschnittstemperatur, die auf dem aktuellen Jahr basiert, wird diese „Mischung“ einen „sofortigen Indikator für die aktuelle Erwärmung“ liefern.

Das wird nicht der Fall sein. In den ergänzenden [Anmerkungen](#) zu der Studie legen die Autoren offen, dass sie ein Computermodell mit dem „[Pfad](#)“ RCP4.5 verwendet haben, welches einen möglichen Temperaturanstieg von bis zu 3,2°C innerhalb von 80 Jahren zulässt. Angesichts der Tatsache, dass die globale Erwärmung in den letzten 25 Jahren kaum mehr als 0,2 °C ausmachte, ist dies eine lächerliche Übertreibung. Wenn man auf der Grundlage dieser Zahlen erklärt, dass der Schwellenwert von 1,5 °C überschritten wurde, ein für Politiker festgelegtes politisches Ziel, und wenn man diese stark politisierte Methode anwendet, dann zeigt das, dass sich die Realität schnell von der Position des Met Office entfernt.

Die Verwendung anomaler Temperaturspitzen, die kurzfristig immer durch natürliche Schwankungen wie El Niño verursacht werden, ist im Mainstream-Klimaaktivismus weit verbreitet. Die Verknüpfung einzelner Unwetterereignisse ist heute die gängige Methode, um Alarm zu schlagen. Diese Panikmache ist so leicht zu verbreiten und beliebt, dass sich eine ganze Pseudowissenschaft entwickelt hat, die Computermodelle verwendet, um zu behaupten, dass einzelne Wetterereignisse auf das Handeln des Menschen zurückzuführen sind. Die Begriffe „Wetter“ und „Klima“ wurden absichtlich miteinander verwechselt. Die Klimatrends wurden verkürzt und das Wetter irgendwie erweitert, um zu suggerieren, dass eine Gruppe von Einzelereignissen ein viel längerfristiges Muster anzeigt. Die Verwendung eines 30-jährigen Trends geht auf den Beginn zuverlässiger Temperaturaufzeichnungen ab 1900 zurück und wurde vor fast 100 Jahren von der Internationalen Meteorologischen Organisation festgelegt. Es handelt sich um einen willkürlich festgelegten Zeitraum, der jedoch einen genauen Temperaturtrend aufzeichnet und die unvermeidlichen, aber verzerrenden Anomalien glättet.

Mit seinen jüngsten Maßnahmen zeigt das Met Office, dass der altmodische wissenschaftliche Weg nicht geeignet ist, wenn es darum geht, die politische Arbeit für Net Zero zu leisten. Trends können nur im Laufe

der Zeit festgestellt werden, was zu unerwünschten Verzögerungen führt, wenn es darum geht, einen genauen Zeitraum zu bestimmen, in dem ein Schwellenwert überschritten wurde. Das Met Office räumt zwar ein, dass ein einzelnes Jahr mit 1,5°C nicht gegen die so genannte Leitplanke des Pariser Abkommens verstößt, behauptet aber, dass sein Sofortindikator „Klarheit schaffen“ und „Verzögerungen reduzieren wird, die sich aus dem Warten bis zum Ende des 20-Jahres-Zeitraums ergeben würden“. Das Met Office freut sich auf den Tag, an dem sein neuer Klimatrend-Indikator mit einer IPCC-„Zuversicht“ oder „hohen Wahrscheinlichkeit“ versehen wird, wie z. B. „es ist wahrscheinlich, dass die derzeitige globale Erwärmung jetzt 1,5°C erreicht (oder überschritten) hat“. In den Folgejahren könnte daraus die Aussage werden: „Es ist sehr wahrscheinlich, dass das derzeitige Niveau der globalen Erwärmung im Jahr X 1,5°C überschritten hat“.

Warum ist dieser jüngste Vorschlag des staatlich finanzierten Met Office wissenschaftlicher Schrott auf Stelzen? Eine Reihe von Gründen ist, dass die Klimamodelle trotz 40-jähriger Versuche kaum eine genaue Temperaturvorhersage liefern. Die Eingabe von Meinungen, dass die Temperatur der Erde in weniger als 80 Jahren um mehr als 3 °C steigen könnte, wird ihre Genauigkeit kaum verbessern. Es gibt auch berechtigte Fragen zu den globalen Temperaturdatensätzen, die vergangene Temperaturen aufzeichnen. Die gut dokumentierte schlechte Platzierung von Messgeräten, nicht bereinigte städtische Wärmeeffekte und häufige nachträgliche willkürliche Erwärmung der Gesamtaufzeichnungen sind nicht gerade vertrauenserweckend. In seiner globalen HadCRUT5-Datenbank hat das Met Office in den letzten Jahren rund 30 % zusätzliche Erwärmung künstlich hinzugefügt.

Chris Morrison is the Daily Sceptic's Environment Editor.

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2023/12/23/junk-science-alert-met-office-set-to-ditch-actual-temperature-data-in-favour-of-model-predictions/>

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE

Energiesparen absurd – Die Senkung der Energieintensität der Wirtschaft

ist fast ausgereizt

geschrieben von Admin | 28. Dezember 2023

Edgar L. Gärtner

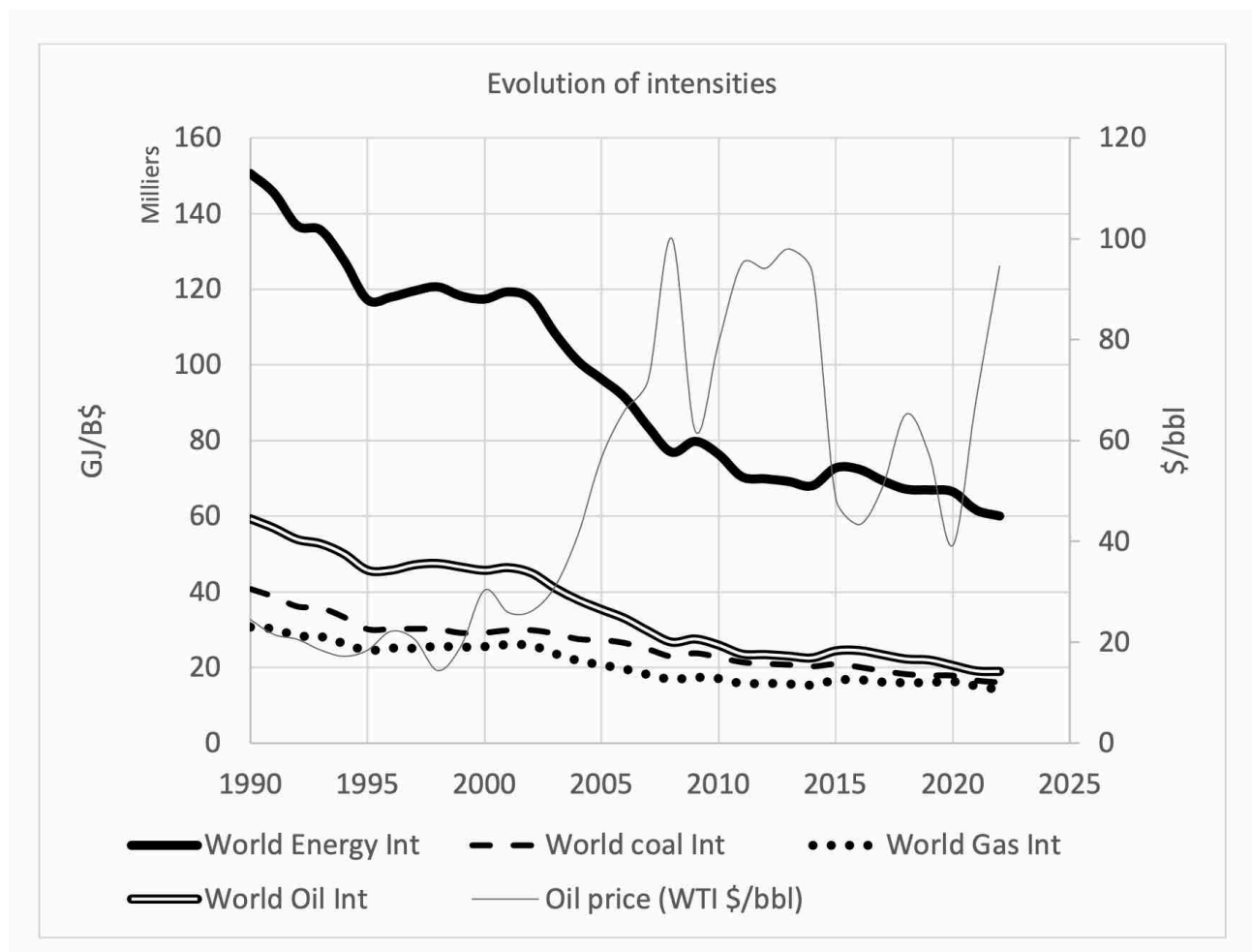
Finden Sie es nicht auch absurd, wenn große Stromkonzerne wie die französische EDF in Radio und Fernsehen eifrig Reklame für das Stromsparen machen. Zumal, wenn bekannt ist, dass EDF ihren Schuldenberg in Höhe von Zig Milliarden Euro nur abtragen kann, wenn sie mehr Strom verkauft. Folgt EDF neuerdings statt dem gesunden Menschenverstand nicht einer Selbstmord-Agenda?

Als eine solche könnte man das französische Gesetz über die mehrjährige Energie-Programmierung (Loi de programmation énergie-climat), das schon im ersten Halbjahr 2 verabschiedet werden sollte, durchaus sehen. Darin eine Senkung des französischen Energieeinsatzes von derzeit etwa 1.600 Terawattstunden (TWh) auf 1.200 TWh bis 2030 vorgesehen. In nur sieben Jahren soll der Energieeinsatz also um nicht weniger als ein Viertel sinken, obwohl das französische Kernenergieprogramm die preisgünstige Produktion von „klimaneutralem“ Strom im Überfluss zuließe. Doch die parlamentarische Gesetzes-Pipeline Frankreichs ist zurzeit durch den Streit um verschiedene Sozialgesetze verstopft. So muss das selbstmörderische Gesetz zum Glück noch warten. Aber die Linken werden wohl nicht nachgeben. Sozialisten, Kommunisten und Grüne in allen politischen Parteien halten die Entdeckung eines Todestriebes in der Geschichte durch den russischen Star-Mathematiker Igor R. Schafarewitsch zwar für eine böswillige Unterstellung der extremen Rechten. Doch was ist das Ziel „Net Zero“ CO2 anderes als eine Manifestation dieses Todestriebes?

Lange galt der Umfang des Energieeinsatzes als wichtiger Indikator des gesellschaftlichen Wohlstandes. Inzwischen ist die dahinter stehende Tonnenideologie zu recht in Verruf geraten. Es ist wichtig, zwischen der Energieintensität einer Volkswirtschaft (gemessen in Gigajoule je Einheit des Brutto-Inlandsprodukts bzw. je Milliarde Dollar Umsatz) und der Energie-Effizienz zu unterscheiden, die vom Ziel des jeweils betrachteten Energieumwandlungsprozesses abhängt. Die Höhe der Energieintensität einer Volkswirtschaft hängt von verschiedenen Umständen ab. Es liegt auf der Hand, dass Länder in kalten Klimazonen mehr Energie benötigen als Länder mit einem günstigeren Klima, um vergleichbaren materiellen Reichtum erzeugen zu können. Aus den Erfahrungen mit der untergegangenen Sowjetunion wissen wir aber, dass die Intensität des Energieeinsatzes doch stärker von gesellschaftlichen als von klimatischen Bedingungen abhängen kann.

Im Westen gibt es schon seit etwa einem Jahrhundert und insbesondere in den letzten vier Jahrzehnten lautstarke politische Initiativen zur Senkung der volkswirtschaftlichen Energieintensität durch bewusste

Sparmaßnahmen. Begründet wurden diese meist mit dem Hinweis auf sinkende Rohöl- und Gas-Reserven, in jüngerer Zeit aber eher durch die angebliche Notwendigkeit des „Klimaschutzes“. Tatsächlich sank die Energieintensität weltweit seit dem Jahr 1990 deutlich. Das zeigen Daten der Weltbank und des Energy Institutes (siehe Grafik). Die Energieintensität sank global von 150 Gigajoules je einer Milliarde Dollar Umsatz im Jahre 1990 auf 60 GJ/B\$, das heißt um 60 Prozent oder um 1,9 Prozent jährlich. Mein Freund Samuel Furfari weist allerdings darauf hin, dass die Annahme, das könne noch länger so weitergehen, unbegründet ist. Denn die Kurven der Öl-, Gas- und Kohle-Intensität streben augenfällig asymptotisch einem Grenzwert zu, der bei etwa 20 GJ/B\$ liegt.



Es ist also illusorisch, das Ziel „Net Zero“ allein durch noch so drakonische Energiesparmaßnahmen erreichen zu wollen, zumal die meisten der in Frage kommenden Energiesparmaßnahmen wie die Gebäudedämmung oder der von der „Ampel“ geforderte Heizungs austausch nur um den Preis zusätzlichen Energieeinsatzes zu haben sind. Da auch der vollständige Ersatz böser „fossiler“ durch gute „erneuerbare“ Energieträger inzwischen selbst bei vielen Grünen als ebenso unmöglich gilt, bliebe als Ausweg nur der Verzicht auf Industrie. Das aber zöge in den bis dato wohlhabenden OECD-Ländern ein Massensterben nach sich. Der Energieeinsatz wird also trotz Effizienzgewinnen im Detail in diesen Ländern weiter steigen, wenn auch vielleicht nicht mehr so stark wie

unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg. Eine humane und kluge Politik sollte also von einem weiter steigenden Energiebedarf ausgehen, der am saubersten und nachhaltigsten durch (große und kleine) Kernkraftwerke gedeckt werden kann. Außerhalb Deutschlands sehen das auch die meisten Regierungen, auch wenn sie manchmal aus wahltaktischen Gründen faule Kompromisse mit den Grünen aushandeln müssen.

Klimaangst aus Unwissenheit – Klimaschau 172

geschrieben von AR Göhring | 28. Dezember 2023

Die Klimaschau informiert über Neuigkeiten aus den Klimawissenschaften und von der Energiewende. Themen der 172. Ausgabe:

0:00 Begrüßung

0:16 Nobelpreisträger kritisiert Klimaalarm

2:02 Klimaangst durch Unwissen